Antrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Unternehmensübersiedlungen im Zuge des Brexit

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse der Landesregierung vorliegen, wie viele Unternehmen ihren Sitz aus Anlass des bevorstehenden Brexit aus dem Vereinigten Königreich bereits nach Deutschland verlegt haben (aufgeschlüsselt nach Bundesländern);
2. welche Erkenntnisse der Landesregierung vorliegen, wie viele Unternehmen sich aus Anlass des bevorstehenden Brexit in Baden-Württemberg durch Sitzverlegung oder anders angesiedelt haben (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken);
3. ob es sich dabei um britische Unternehmen handelt oder um Tochterunternehmen von Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten;
4. welchen Branchen diese Unternehmen angehören, die sich aus Anlass des bevorstehenden Brexit in Baden-Württemberg durch Sitzverlegung oder anders angesiedelt haben;
5. in wie vielen Fällen es sich um die Verlegung eines Hauptsitzes oder einer Europa- oder Unternehmenszentrale handelt;
6. welche Umsatzvolumen nach Kenntnis der Landesregierung mit den Umsiedlungen nach Baden-Württemberg einhergehen;
7. wie viele Arbeitsplätze nach Kenntnis der Landesregierung mit den Umsiedlungen nach Baden-Württemberg einhergehen;

8. welche europarechtlichen Sonderregelungen für Umsiedlungen aus Anlass des Brexit gelten;
9. inwieweit die EU solche Umsiedlungen fördert, sei es administrativ oder finanziell;
10. welche Regelung die Vereinbarung zum Brexit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Falle ihres Zustandekommens für solche Umsiedlungen vorsehen würde;
11. ob sie Erkenntnisse hat, dass sich wegen des bevorstehenden Brexits Unternehmen aus Baden-Württemberg zurückgezogen haben;
12. wie sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsiedlung britischen und außereuropäischen Personals nach Deutschland von denen unterscheiden, die zum Beispiel für die Umsiedlung in die Niederlande gelten;
13. welche Maßnahmen sie ergriffen hat und noch zu ergreifen plant, um umsiedlungswillige Unternehmen für den Standort Baden-Württemberg zu gewinnen;
14. wie viele Anbahnungen sich daraus ergeben haben und wie viele dieser Anbahnungen aktuell noch in Arbeit sind (jeweils unter Angabe von Branche, Umsatz und Arbeitsplatzzahl).

28.02.2019

Dr. Schweickert, Reich-Gutjahr, Haußmann,
Brauer, Hoher, Karrais, Keck, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Brexit wird für viele internationale Unternehmen der Standort im Vereinigten Königreich weniger interessant, weil oftmals das Hauptgeschäftsvolumen mit der EU erzielt wird und auf das Vereinigte Königreich nur ein kleinerer Teil entfällt. Aus den Niederlanden hört man, dass dort in beträchtlicher Zahl Umsiedlungserfolge von Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich erzielt wurden. Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg stünde zu erwarten, dass Baden-Württemberg bei umsiedlungswilligen Unternehmen eine wesentliche Rolle als mögliches Zielland spielen könnte. Ziel des Antrags ist zu erfahren, ob sich dies auch so verhält und in welchem Umfang.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 25. März 2019 Nr. 66-4252.2-GRO/97/1 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. welche Erkenntnisse der Landesregierung vorliegen, wie viele Unternehmen ihren Sitz aus Anlass des bevorstehenden Brexit aus dem Vereinigten Königreich bereits nach Deutschland verlegt haben (aufgeschlüsselt nach Bundesländern);

Zu 1.:

Die Landesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, wie viele Unternehmen ihren Sitz aus Anlass des bevorstehenden Brexit aus dem Vereinigten Königreich bereits nach Deutschland verlegt haben.

2. welche Erkenntnisse der Landesregierung vorliegen, wie viele Unternehmen sich aus Anlass des bevorstehenden Brexit in Baden-Württemberg durch Sitzverlegung oder anders angesiedelt haben (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken);

Zu 2.:

Die Landesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, wie viele Unternehmen sich aus Anlass des bevorstehenden Brexit in Baden-Württemberg angesiedelt haben.

Ausländische Unternehmensansiedlungen in Baden-Württemberg werden von Baden-Württemberg International (bw-i) erfasst, wenn sie folgende Kriterien erfüllen.

Der Anteil an ausländischem Kapital muss größer als 20 Prozent sein und dieser Anteil muss von einem ausländischen Unternehmen gehalten werden. Als Neuinvestitionen gelten dabei Minderbeteiligungen, Joint Ventures, Neugründung von Tochtergesellschaften oder Niederlassungen sowie Firmenübernahmen.

Erfasst werden in der Regel Projekte aus dem verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor. Nicht erfasst werden Projekte aus dem Bereich Hotel- und Gaststättengewerbe, Einzelhandel, Versicherungs- und Immobilienmakler. Eine Ausnahme sind Projekte von übergeordneter regionaler Bedeutung (Headquarter, Logistikcenter, etc.).

Der Grund einer Ansiedlung, etwa der Brexit oder Standortvorteile, wird dabei nicht erhoben und von Unternehmensseite regelmäßig auch nicht an bw-i mitgeteilt.

Nach Angaben von bw-i haben sich seit dem Referendum zum Brexit am 23. Juni 2016 bisher insgesamt 60 britische Unternehmen in Baden-Württemberg angesiedelt (Stand: 12. März 2019). Diese Unternehmensansiedlungen verteilen sich, wie folgt dargestellt, auf die einzelnen Kalenderjahre. Zum Vergleich wurde auch das Jahr 2015 in die Betrachtung mitaufgenommen.

Jahr der Ansiedlung	Ansiedlungen britischer Unternehmen in BW
2019 (Stand: 12. März 2019)	5
2018	26
2017	23
2016	14 (davon 8 Ansiedlungen <u>vor</u> dem Brexit-Referendum)
2015	21

Aus dieser Aufstellung ist kein signifikanter Anstieg von britischen Unternehmensansiedlungen nach dem Brexit-Referendum in Baden-Württemberg zu erkennen. So siedelten sich im Jahr 2015 fast genauso viele britische Unternehmen in Baden-Württemberg an wie im Jahr 2017.

Die seit dem 23. Juni 2016 in Baden-Württemberg neu angesiedelten 60 britischen Unternehmen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Regierungsbezirke Baden-Württembergs.

Regierungsbezirk	Ansiedlungen britischer Unternehmen in BW seit dem 23. Juni 2016
Stuttgart	22
Karlsruhe	18
Tübingen	11
Freiburg	9

Ein Schwerpunkt der britischen Unternehmensansiedlungen nach dem Brexit-Referendum liegt in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe, in denen sich zwei Drittel der Unternehmen ansiedelten.

3. ob es sich dabei um britische Unternehmen handelt oder um Tochterunternehmen von Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten;

Zu 3.:

Nach Angaben von bw-i lässt sich die Art der Präsenz der sich seit dem Referendum zum Brexit am 23. Juni 2016 bisher angesiedelten 60 britischen Unternehmen in Baden-Württemberg wie folgt aufteilen (Stand: 12. März 2019).

Art der Präsenz	Ansiedlungen britischer Unternehmen in BW seit dem 23. Juni 2016
Tochtergesellschaft	50
Niederlassung	6
Minderbeteiligung	3
Joint Venture	1

Über 80 Prozent der seit dem 23. Juni 2016 in Baden-Württemberg neu angesiedelten britischen Unternehmen sind mit Tochtergesellschaften in Baden-Württemberg präsent.

Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die aus Großbritannien stammen oder deren Muttergesellschaft aus Großbritannien stammt. Eine Aufteilung nach britischen Unternehmen und Tochterunternehmen von Unternehmen aus EU-Drittstaaten erfolgt nicht.

4. welchen Branchen diese Unternehmen angehören, die sich aus Anlass des bevorstehenden Brexit in Baden-Württemberg durch Sitzverlegung oder anders angesiedelt haben;

Zu 4.:

Nach Angaben von bw-i gehören die sich seit dem Referendum zum Brexit am 23. Juni 2016 bisher angesiedelten 60 britischen Unternehmen in Baden-Württemberg folgenden Branchen an (Stand: 12. März 2019). Die Landesregierung hat keine Kenntnisse darüber, ob die Ansiedlung anlässlich des bevorstehenden Brexit erfolgte.

Branchen der Ansiedlung	Ansiedlungen britischer Unternehmen in BW seit dem 23. Juni 2016
IKT	11
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	7
Holding	5
Maschinenbau	4
Ingenieur- und Forschungsdienstleistungen	4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4
Energiewirtschaft	3
Mess- und Regeltechnik	2
Metallbau/Metallverarbeitung u. -veredelung	2
Sonstige Dienstleistungen	7
Sonstige Branchen	11

Die seit dem 23. Juni 2016 in Baden-Württemberg neu angesiedelten 60 britischen Unternehmen gehören mit rund 18 Prozent am häufigsten der Branche der IKT (Informations- und Kommunikationstechnik) an, gefolgt von der Pharmaziebranche mit rund 12 Prozent.

5. in wie vielen Fällen es sich um die Verlegung eines Hauptsitzes oder einer Europa- oder Unternehmenszentrale handelt;

Zu 5.:

Keines der seit dem Brexit-Referendum in Baden-Württemberg neu angesiedelten 60 britischen Unternehmen hat nach Erkenntnissen der Landesregierung seinen Hauptsitz oder seine Europa- oder Unternehmenszentrale nach Baden-Württemberg verlegt.

6. welche Umsatzvolumen nach Kenntnis der Landesregierung mit den Umsiedlungen nach Baden-Württemberg einhergehen;

7. wie viele Arbeitsplätze nach Kenntnis der Landesregierung mit den Umsiedlungen nach Baden-Württemberg einhergehen;

Zu 6. und 7.:

Die Fragen zu den Ziffern 6. und 7. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Da die Umsatzvolumina und die geschaffenen Arbeitsplätze von den Unternehmen regelmäßig nicht mitgeteilt werden, liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse darüber vor.

8. welche europarechtlichen Sonderregelungen für Umsiedlungen aus Anlass des Brexit gelten;

Zu 8.:

Europarechtliche Sonderregelungen für Umsiedlungen aus Anlass des Brexit sind dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau nicht bekannt.

9. inwieweit die EU solche Umsiedlungen fördert, sei es administrativ oder finanziell;

Zu 9.:

Administrative oder finanzielle Förderungen von Umsiedlungen durch die EU aus Anlass des Brexit sind der Landesregierung nicht bekannt.

10. welche Regelung die Vereinbarung zum Brexit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Falle ihres Zustandekommens für solche Umsiedlungen vorsehen würde;

Zu 10.:

Eine explizite Regelung für Umsiedlungen von Unternehmen sieht das „Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft“ nicht vor.

Im Falle des Inkrafttretens des Austrittsabkommens würde während der Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2020 (einmalig verlängerbar um max. zwei Jahre) grundsätzlich das Unionsrecht einschließlich der vier Grundfreiheiten und damit auch die Niederlassungsfreiheit für das Vereinigte Königreich weiterhin Anwendung finden.

Regelungen, die über eine mögliche Übergangsphase hinaus gelten würden, sollen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erst in einem zweiten Schritt im Rahmen der Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen festgelegt werden.

11. ob sie Erkenntnisse hat, dass sich wegen des bevorstehenden Brexits Unternehmen aus Baden-Württemberg zurückgezogen haben;

Zu 11.:

Die Landesregierung hat keine Kenntnisse über Unternehmen, die sich aus Anlass des Brexits aus Baden-Württemberg zurückgezogen haben.

12. wie sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsiedlung britischen und außereuropäischen Personals nach Deutschland von denen unterscheiden, die zum Beispiel für die Umsiedlung in die Niederlande gelten;

Zu 12.:

Drittstaatsangehörige unterfallen in Deutschland bezüglich Einreise und Aufenthalt dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG), das heißt sie benötigen in der Regel bezüglich ihrer Einreise ein Visum und einen konstitutiven Aufenthaltstitel, bei dem die Ausländerbehörde prüft, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Aufenthaltstitels vorliegen.

Das Aufenthaltsgesetz findet jedoch keine Anwendung auf Ausländer, deren Rechtsstellung durch das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern geregelt ist (vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG). Rechtsgrundlage für den aufenthaltsrechtlichen Status von EU-Bürgern ist in erster Linie das Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU). Das bundesgesetzliche Freizügigkeitsgesetz/EU beruht auf der Umsetzung der sog. Freizügigkeits-RL (RL 2004/38/EG), welche einen EU-weiten Rahmen für die Freizügigkeit und die Aufenthaltsrechte von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen bildet. Die Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG beschränkt sich nicht auf die Verfolgung eines rein wirtschaftlichen Zieles. Sie soll vielmehr die Ausübung des den Unionsbürgern unmittelbar aus dem Vertrag erwachsenden elementaren und persönlichen Rechts, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, erleichtern und bezweckt insbesondere, dieses Recht zu stärken.

Im Wesentlichen ist hervorzuheben, dass das auf der Freizügigkeitsrichtlinie basierende Freizügigkeitsgesetz erleichterte Voraussetzungen für die Einreise in einen anderen Mitgliedstaat sowie den anschließenden Aufenthalt dort enthält. So bedürfen EU-Bürger keines konstitutiven Aufenthaltstitels. Es gilt die Freizügigkeitsvermutung, das heißt die Voraussetzungen für das Bestehen eines Freizügigkeitsrechts werden ohne weitere Prüfung angenommen, es sei denn es liegen Anhaltspunkte für das Nichtbestehen vor. Hervorzuheben ist ebenso, dass drittstaatsangehörige Ausländer der Passpflicht nach dem Aufenthaltsgesetz unterliegen, während EU-Bürger im Regelfall nur im Besitz eines Personalausweises sein müssen. Da Kern der Freizügigkeit auch die Gewährleistung der Grundfreiheiten, insbesondere der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist, erhalten EU-Bürger ohne Weiteres Zugang zu Arbeitsmarkt und Beschäftigung, während für Drittstaatsangehörige die Beschäftigung aufgrund des Aufenthaltstitels erlaubt sein muss. Nicht zuletzt profitieren drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU-Bürgern von den erleichterten Aufenthaltsbedingungen, das heißt, sie benötigen ebenfalls keinen Aufenthaltstitel.

Ein Rechtsvergleich der deutschen aufenthaltsrechtlichen Vorschriften mit denen der Niederlande oder anderer Staaten ist aufgrund der stark unterschiedlichen Rechtssysteme nicht möglich.

13. welche Maßnahmen sie ergriffen hat und noch zu ergreifen plant, um umsiedlungswillige Unternehmen für den Standort Baden-Württemberg zu gewinnen;

14. wie viele Anbahnungen sich daraus ergeben haben und wie viele dieser Anbahnungen aktuell noch in Arbeit sind (jeweils unter Angabe von Branche, Umsatz und Arbeitsplatzzahl).

Zu 13. und 14.:

Die Fragen zu den Ziffern 13. und 14. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bw-i hat in Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau auf verschiedenen Veranstaltungen und Messen in Großbritannien über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg informiert.

Darüber hinaus wurden und werden Firmen aus Großbritannien mit möglichen Abwanderungs- oder Erweiterungsabsichten identifiziert und direkt angesprochen. Diese Gespräche mit Unternehmen aus Großbritannien und dort angesiedelten Unternehmen aus anderen Ländern dauern an, da im Regelfall Unternehmen vor einer Entscheidung abwarten, welchen Weg Großbritannien nun tatsächlich geht und welche Konsequenzen dies für sie hat.

Bei der Gewinnung ausländischer Unternehmen ist außerdem zu berücksichtigen, dass es sich um langfristige Maßnahmen handelt und Ansiedlungen von vielen verschiedenen Standortfaktoren (Steuersystem, politisches Umfeld, unternehmensinterne Strategien usw.) beeinflusst werden.

Dr. Hoffmeister-Kraut

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau